

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 01/2011

18. Jahrgang

28. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. Januar 2011

Ehrenamt mit Pass auch in Potsdam

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Attraktivität des Potsdamer Ehrenamtpasses zu erhöhen“, so lautete ein Antrag der Fraktion DIE LINKE auf der 28.SVV-Sitzung Ende Januar 2011 – pünktlich zur ersten SVV-Sitzung im „Jahr des Ehrenamtes“. Hintergrund: Mit Mai 2010 können Brandenburgerinnen und Brandenburger auf Antrag ihres Trägers in den



Gut besucht war der erste Frührschoppen „Rathaus report live“ der LINKEN am 30. Januar in Golm (siehe Seite 4).

Besitz eines solchen Passes gelangen. In vielen brandenburgischen Kommunen wird davon Gebrauch gemacht. Warum nicht in der Landeshauptstadt? Und das, obwohl die Stadt seit 2009 ein Ehrenamtskonzept verabschiedet hatte, ein Netzwerk mit aktiven Mitgliedern aufgebaut und einen Koordinator bestellt hatte. Mit dem Ehrenamtskonzept beschloss die Stadtverordnetenversammlung zeitgleich ein Maßnahmenpaket und die dafür erforderlichen Finanzen.

„Bei mir macht sich der Eindruck breit, dass die Stadtverordneten mit Beschluss des Konzeptes der Auffassung sind, dass sie ja nun genug getan haben. Jetzt müssen die Bürger und die Verwaltung ran und dem Konzept Leben einhauchen“, so die sozialpolitische Sprecherin der LINKEN-Fraktion Jana Schulze.

So sei Ehrenamt aber nicht zu verstehen. Auch nicht für Kommunalpolitiker, die ja auch „nur“ ehrenamtlich aktiv sind. Gerade an ihnen liegt es, die Attraktivität unter Inanspruchnahme von Anreizen, aufrecht zu erhalten. Kreativität über den Tellerrand hinaus ist gefragt. Jana Schulze: „Unser Antrag, Inhabern des Ehrenamtpasses die Möglichkeit einer Vorab-Teilnahme an den städtischen Online-Versteigerungen teilzunehmen, ist eine Überlegung,

dem mangelnden Interesse ein wenig Wind in die Segel zu blasen. Die Landeshauptstadt soll mit einem solchen Angebot helfen, positive Anreize für ehrenamtlich engagierte BürgerInnen in Potsdam zu stärken. Das vom Stapel gelaufene Schiff muss also an Fahrt gewinnen. Da sind Papiere und Beschlüsse der Anfang, aber noch lange nicht die Umsetzung. Auch hier benötigen alle Initiatoren unsere politische Unterstützung. Möglichst mit wenig Aufwand und nachhaltigem Erfolg.“

Mit großer Hoffnung und Erwartung sehen wir dem Treffen der aktiven Ehrenamtler und ihrer Träger für Ende Februar 2011 im Schlaatzter „Haus der Generationen“ entgegen. Vielleicht sind ja zu diesem Treffen außer LINKE auch Vertreter anderer Parteien mit anwesend und lassen sich über Fortschritt und Hürden in der Ehrenamtsarbeit berichten. Und vielleicht gelingt es den Stadtverordneten, gemeinsam für den Ehrenamtspass zu werben. Denn ohne das Zutun, ein hörbares „Klappern“ in der Sache, tut sich nichts in dieser Gesellschaft, auch kein ehrenamtliches Engagement und seine Anerkennung. Diesen Grundsatz hat offenbar die Mehrheit der Stadtverordneten beherzigt und dem Antrag der LINKEN zugestimmt – versehen mit dem Vermerk „Wiedervorlage im April 2011“.

Mit auf den Weg ...

Liebe
Potsdamerinnen
und Potsdamer,



mit dem 2007 von der LINKEN durchgesetzten Begleitbeschluss zum Landtagsneubau ist die Sanierung von Schulen, Kitas und Turnhallen zur höchsten Priorität erklärt worden. So entstand das erste mittelfristige Sanierungsprogramm. 2008 haben wir nachgelegt und sofort nach der Kommunalwahl das Ziel abgesteckt, innerhalb der Wahlperiode bis 2014 alle Schulen, Kitas und Turnhallen zu sanieren. Das fand die Zustimmung aller Stadtverordneten. Nachdem er immer wieder ausgewichen war, musste der Oberbürgermeister jetzt auf dringende Forderung der LINKEN eingestehen, dass dieses anspruchsvolle Ziel mit der gegenwärtigen Planung nicht erreicht wird. Es bleibt ein Sanierungsaufwand von mehr als 80 Millionen Euro für die Zeit nach 2014. Herr Jakobs sonnte sich gern im Glanz sanierter Schulen und Kitas, wollte aber mit Blick auf die Oberbürgermeisterwahl eine ungetrübte Erfolgsbilanz. Deshalb hat er die Stadtverordneten und die Öffentlichkeit so lange wie möglich im Unklaren gelassen. DIE LINKE wird weiter Druck machen. Das gilt auch für die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in der historischen Mitte Potsdams. Hier hat die Stadt, gerade vor dem Hintergrund der schwierigen Wohnungssituation, eine große Verantwortung. Die Fixierung auf die Wiederherstellung von historischen Fassaden darf nicht dazu führen, dass fast 200 preiswerte Wohnungen der Pro Potsdam ersatzlos aufgegeben werden. Hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Mdl
Fraktionsvorsitzender

Wort gehalten!

Seit April 2010 ist Martina Trauth-Koschnick die neue Gleichstellungsbeauftragte für Potsdam.



Eine Frau, mit der wir seit vielen Jahren vertrauens-

voll zusammenarbeiten. Zuletzt in ihrer Funktion als Gesundheits- und Sozialplanerin der Stadtverwaltung, sowie als Initiatorin und Sprecherin des Netzwerkes „Älter werden in Potsdam“.

Am 26.1.2011 stellte Frau Trauth-Koschnick den Gleichstellungsplan der Landeshauptstadt Potsdam für die nächsten vier Jahre vor. Ihrem persönlichen Einsatz und Engagement haben wir es zu verdanken, dass Gleichstellung in Potsdam nicht nur ein Verfassungsauftrag ist. Gleichstellungspolitik wird von ihr gelebt, im Team mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, im ständigen Austausch von Erfahrungen mit Bürgerinnen und Bürgern Potsdams.

Der vorlegte Gleichstellungsplan ist ausgehend von ehrlichen Zahlen zunächst eine Arbeitsgrundlage. Wie von Frau Trauth-Koschnick bereits am 9. März 2010 angekündigt, wird mit ihm in Potsdam ein Gleichstellungscontrolling eingeführt. Auf Grundlage der Ergebnisse dieses Controllings wird er nach zwei Jahren der aktuellen Entwicklung angepasst. Auf der Stadtverordnetenversammlung kündigte Frau Trauth-Koschnick eine Einladung an alle aktiven MitstreiterInnen Potsdams zu einem Fachgespräch an, in welchem über mögliche Maßnahmen zur Umsetzung von Gleichstellungsinstrumenten für Potsdam nachgedacht und diskutiert werden soll. Ausdrücklich ist diese Einladung auch an Männer gerichtet. Sie hat Wort gehalten. Ihren Vorhaben zu Beginn ihrer Amtszeit, lässt sie nun Taten folgen. Und darin werden wir Sie, sehr geehrte Frau Trauth-Koschnick, aktiv begleiten. Darauf unser Wort!

Jana Schulze
Vorsitzende des Ausschuss für
Gesundheit und Soziales
Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Was wird mit der Priesterweg-Schule?

Wieder einmal aus der regionalen Presse habe die Mehrheit der Eltern von SchülerInnen der Grundschule „Am Priesterweg“ erfahren, dass ihre Kinder im Zeitraum der Sanierung und des Neubaus des Verbinders für ca. drei Jahre eine Schule im Stadtteil Am Schlaatz nutzen sollen. Jana Schulze fragte daher, wie die Eltern und weitere Betroffenen zeitnah über die Sanierungsplanung informiert werden. Die Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski stellte die Bauzeit mit ca. 18 Monaten richtig. Weiter konnte sie jedoch keine definitiven Aussagen treffen. Es ist offenbar noch nicht entschieden, ob in der Bauzeit die Schule am Schilfhof, am Campus am Stern oder gar in GEWOBA- Räumlichkeiten genutzt werden würden. Eine Container-Lösung sei die kostenintensivste, so Magdowski. Die beste Lösung sei wohl, wenn die Schüler vor Ort bleiben würden. Jana Schulze bestand auf einer zeitnahen Infoveranstaltung für Eltern und Schüler.

„Weisse Flotte soll jetzt zuschlagen“

„Wann und unter welchen Voraussetzungen wird der Festbau der Weissen Flotte anstelle des Palmenzeltes genehmigt?“, wollte Dr. Scharfenberg wissen. Baubeigeordneter Klipp: „Wenn ein genehmigungsfähiger Pachtvertrag und eine Bauvorlage vorliegen.“ Und weiter: „Die Hand ist ausgestreckt. Jetzt kommt es darauf an, dass die Weisse Flotte zuschlägt.“

Lärmschutz Nuthestraße – Stadt „nicht zuständig“ ...

Den Lärmschutz an der Nuthestraße brachte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg wieder aufs Tapet. „Nach wie vor gibt es Proteste von Anliegern zum Lärmschutz an der Nuthestraße. Die Straße wird als Zuführungsstraße zum BBI in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen und noch mehr belastet werden“, so Dr. Scharfenberg. Er fragte nach dem Stand der Gespräche mit dem Land. Baubeigeordneter Matthias

Klipp betonte, er sehe „keine Handlungsmöglichkeiten“ für die Stadt. Denn sie sei ja „nicht zuständig“, wie er einer Mitteilung aus dem Umweltministerium entnehme. Dr. Scharfenberg gab sich mit dieser abschlägigen Antwort nicht zufrieden und erinnerte an Gespräche mit dem Bauministerium, wie man das Problem lösen könne.

Luftschiffhafen und eine „Auszeit“

In der Hauptausschusssitzung im Dezember 2010 wurde öffentlich, dass eine abschließende vertragliche Grundlage der Landeshauptstadt mit der Luftschiffhafen Potsdam GmbH noch immer nicht unterzeichnet ist. Dr. Karin Schröter fragte daher: „Wann wird dieser Vertrag ausverhandelt bzw. unterzeichnet?“ Die Beigeordnete Dr. Magdowski sprach von einer „Vielzahl von Verträgen“ und dass man „heute schon ein ganzes Stück weiter sei als vor einem Jahr...“

Auf eine Frage zur Ausstattung der Mensa im Luftschiffhafen antwortend, sagte sie: „Sie zwingen mich hier die Wahrheit zu sagen!“ Und dann bemerkte die Beigeordnete kritisch gegenüber der Stadtverwaltung, dass „manche Projekte nicht zu Ende gedacht“ seien. Die Stadt solle lieber weniger anschieben, das aber richtig. Hierauf nahm OB Jakobs eine „Auszeit“ für sich und die Beigeordneten. Ein bis dato einmaliger Vorgang in der Potsdamer SVV. Auf die anschließende Frage Dr. Scharfenbergs nach dem Ergebnis der „Kurz-Klausur“ gab Jann Jakobs zur Antwort, dass man sich koordinieren hätte müssen.

Große Anfrage zu Hartz IV vertagt

Die Fraktion DIE LINKE hatte laut Tagesordnung eine Große Anfrage – „6 Jahre Hartz IV – Rückblick und Ausblick für die Landeshauptstadt Potsdam“ – eingereicht. Dieser umfangreiche Tagesordnungspunkt wurde einvernehmlich auf die April-Sitzung der SVV vertagt mit der Maßgabe, dass die schriftlichen Antworten im März an die Stadtverordneten ausgereicht werden.

Abgelehnt

GRÜN in der Breiten Straße

Zum wiederholten Male hat Ralf Jäkel versucht bei der Rathauskooperation Verbündete zu finden für den Antrag „Begrünung des Mittelstreifens der Breiten Straße“. Es geht darum, die abschnittsweise Entsiegelung und Begrünung des Mittelstreifens der Magistrale mit Rasen im Bereich zwischen Kreuzung Zeppelinstraße und Naturkundemuseum zu veranlassen. Es gehe um „ökologisch-ästhetische Veränderungen“, so Jäkel. Doch er fand bei den anderen Fraktionen keine Befürworter. Selbst der GRÜNE Beigeordnete Matthias Klipp lehnte den Antrag ab.



Probleme Potsdamer Flüchtlinge

Als Wiedervorlage stand der Antrag der LINKEN zu Anliegen Potsdamer Flüchtlinge auf der Tagesordnung und wurde mehrheitlich mit einigen Änderungen beschlossen. Der OB wird darin aufgefordert, die in fünf Schwerpunkte formulierten Probleme Potsdamer Flüchtlinge zu begleiten. Diese Anliegen wurden dem OB am „Tag des Flüchtlings“, am 1. Oktober 2010, übergeben. Sie befassen sich mit der Erteilung von Arbeitserlaubnissen und Erteilung von Erlaubnissen zur Ausbildung und zum Studium für Asylbewerber und Geduldete, mit der Finanzierung von Sprachkursen für Asylbewerber und Geduldete; mit einem freundlichen und kompetenten Umgang mit Flüchtlingen in der Stadtverwaltung und mit dem Ausschöpfen aller politischen und verwaltungsrechtlichen Möglichkeiten für den Abbau der Residenzpflicht. Und schließlich soll mindestens ein Mal pro Jahr ein Bürgerfragestunde in der Stadtverordnetenversammlung stattfinden, in der auch Flüchtlinge ihre Problematik an die Stadtverordneten und den OB herantragen können.

Die Zukunft der Anglersiedlung Kanalbrücke

Ohne Probleme wurde der Antrag der LINKEN zur Anglersiedlung Kanalbrücke angenommen. In der betreffenden Anglersiedlung wird befürchtet, dass im Zusammenhang mit einer von der Stadt beabsichtigten neuen vertraglichen Regelung die Existenz des Gartenvereins gefährdet ist. Es kann jedoch nicht die Absicht der Stadt sein, historisch gewachsene Strukturen in Frage zu stellen und insbesondere für Geringverdiener den Erhalt ihrer Gartengrundstücke unmöglich zu machen. Per Beschluss ist nun der OB beauftragt, in Gesprächen mit den Vertretern der Anglersiedlung auf eine entsprechende Ausgestaltung der Verträge hinzuwirken, so dass der Bestand dieser Siedlung nicht gefährdet ist. Bis zum Mai 2011 ist die SVV über das Ergebnis zu informieren.

Projektförderung auf den Weg gebracht

Die Kürzungen der Bundesfinanzhilfen in der Städtebauförderung wirken sich insbesondere auf das Programm „Soziale Stadt“ aus. Rolf Kutzmutz: „Mit der Bewerbung zur Förderung im Rahmen des neuen Programms BIWAQ ist es möglich, die durch die Kürzungen im Programm „Soziale Stadt“ eintretenden finanziellen Lücken zumindest in Teilen zu kompensieren.“ Mittel dieser Förderung sollen zu einer Verbesserung des Lebens- und Wohnumfeldes beitragen. Neu an dieser Förderrunde ist, dass auch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im gemeinnützigen Bereich als eigenständiges Handlungsfeld „Quartiersarbeit“ förderfähig ist. „Damit können Projekte gefördert werden, die zusätzliche und im öffentlichen Inter-



Zurückgestellt für die Haushaltsberatung 2011 wurde auch der Antrag der LINKEN zur dringend notwendigen Instandsetzung der Reiherbergstraße im Ortsteil Golm. So „dürfen“ sich die Bürger weiter an der Kraterlandschaft „erfreuen“. Und – siehe Hintergrund – fleißig die abgesprungenen Radkappen sammeln.

esse liegende Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, wenn die Projekte in Gebieten der Städteförderung liegen und damit stadtentwicklungspolitische Ziele unterstützt werden“, so der Bauausschussvorsitzende Kutzmutz in der Begründung. Beschlossen wurde also, dass der OB beauftragt wird, beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) für die Stadt eine Bewerbung zur Projektförderung für die zweite Förderrunde des ESF-Bundesprogramms einzureichen.

Suppenküche braucht festen Standort für die Zukunft

Früher war sie in der Lindenstraße. Seit einiger Zeit ist die Potsdamer „Suppenküche“ auf dem Gelände der Stadtverwaltung. „Die Einrichtung erfährt großen Zuspruch“, betonte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. „Hier wird eine wichtige, unverzichtbare soziale Arbeit geleistet.“ Der Vertrag für den jetzigen Standort gilt jedoch nur bis Ende 2012. Es sollten also rechtzeitig Festlegungen zu einer Vertragsverlängerung getroffen werden, um den Bestand der Einrichtung langfristig zu sichern. Diesem Antrag der LINKEN wurde zugestimmt. Der Hauptausschuss ist in seiner Sitzung am 23. Juni 2011 über den Stand zu informieren.

Zurückgestellt

Bürgerbefragung zu Drewitz

Seit längerer Zeit ein Dauerbrenner: alles, was sich um die geplante Gartenstadt Drewitz rankt. So vor allem das Verkehrskonzept. Am 6. Mai 2010 wurde bekanntlich das Konzept der Gartenstadt erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Reaktionen in dieser Veranstaltung machten deutlich, dass sich die zahlreichen erschienenen Anwohner von den Planungen überrollt, vor vollendete Tatsachen gestellt fühlten. Von den Anwohnern selbst kam dann auch der Vorschlag, eine Umfrage im Wohngebiet zu machen, die herausfinden soll, wie sich die Mehrheit der Bewohner zu den Planungen positioniert. Aus diesem Grund stellte DIE LINKE den Antrag eben eine solche Bürgerbefragung in Drewitz durchzuführen. Der Antrag wurde zurückgestellt bis zur Vorstellung des Wettbewerbsverfahrens im 2. Workshop. Und außerdem sollte der Hauptausschuss dann zeitnah im April über den Antrag beraten.

Was – wann – wo?

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr

07.; 14.; 21. und 28. Februar 2011; 07. und 14. März 2011

29. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal

02. März 2011, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Kino-Café Konsum (Thalia-Kino), Rudolf-Breitscheid-Str. 50, OT Babelsberg

06. März 2011, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 2/2011

Stadthaus, Raum 3.107

11. bis 16. März 2011 (außer Sa. und So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

11. März 2011:

14:30 Uhr Kepler-Platz/
Am Stern

15:30 Uhr Havel-Nuthe-Center/Drewitz

16:00 Uhr Haltestelle Fr.-Wolf-
-Straße/Waldstadt II

12. März 2011:

10:00 Uhr Weberplatz/Babelsberg

10:00 Uhr REWE-Markt/Zentrum Ost

10:00 Uhr Haltestelle Magnus-Zeller-Platz/Am Schlaatz

10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteigfeld

Bürgersprechstunde

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) und Fraktionsvorsitzender

am 22. Februar 2011 von 17 – 18 Uhr im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39 (Bürgerhaus Stern*Zeichen)

Voranmeldungen sind möglich unter: Tel.: 0331/600 50 69; Mail: wkscharfenberg@aol.com

„Rathausreport live“ in Golm

Die Verkehrssituation vor Ort – angefangen von dringend nötigen Straßensanierungen bis hin zum ÖPNV – stand auch im Mittelpunkt des ersten Frühschoppens der Fraktion DIE LINKE „Rathausreport live“ am letzten Sonntag im Januar im Landhotel Potsdam in Golm.

Das Haus war gut besucht. Die Ortsvorstände von Golm und Eiche waren fast vollständig erschienen.

Von der Stadtfraktion DIE LINKE waren drei Frauen dabei: Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Karin Schröter, Dr. Gabriele Herzel und Dr. Sigrid Müller.

Dr. Schröter berichtete zu Beginn über die wesentlichen Momente und Entscheidungen der gerade zurückliegenden Stadtverordnetenversammlung. So auch über den Bericht des Oberbürgermeisters, der

u.a. über die Kita- und Schulsanierungen, die nicht wie von der LINKEN gefordert und in der SVV beschlossen - bis 2014 finanziell zu stemmen sein wird. Dr. Sigrid Müller informierte über den Antrag des Jugendhilfeausschusses, den sie als deren Vorsitzende in der SVV begründet hatte. Hier geht es um die Finanzierung von vier Maßnahmen, die eine Verbesserung der Qualität der Kinder- und Jugendarbeit und der Arbeit in Kitas bewirken sollen.

Gast des Frühschoppens war der ViP- Geschäftsführer Martin Weis. Der ViP-Chef nahm die Fragen und Probleme der BürgerInnen in Sachen ÖPNV mit und sicherte Klärungen zu. Martin Weis blickte in die Zukunft: Nach 2014 soll es eine Straßenbahntrasse nach Golm geben.

Überwiesen

Kontrolle kommunaler Immobilienverkäufe

Bisher entscheidet die Stadtverordnetenversammlung in der Regel nur grundsätzlich über den Verkauf kommunaler Immobilien. Wie jedoch das Beispiel der Schule am Griebnitzsee zeigt, ist die Kenntnis der Vertragsinhalte jedoch von wesentlicher Relevanz für eine Entscheidung in der Sache. Stefan Wollenberg betonte daher: „Die Stadtverordneten müssen in solchen Fällen über alle wesentlichen Bedingungen informiert sein und die Möglichkeit haben, Einfluss zu nehmen.“ So sind die jeweiligen Kaufverträge der Stadtverordnetenversammlung VOR Abschluss zur Genehmigung vorzulegen, so der Antrag der LINKEN. Der Antrag wurde in den Hauptausschuss überwiesen.

B-Plan 122: Kleingärtner in Babelsberg Nord bängen weiter

Die Stadtverordnetenversammlung hat bekanntlich Pläne der Verwaltung zur Umwandlung der Kleingartenanlagen in Babelsberg Nord in eine Wohnsiedlung zurückgewiesen und stattdessen beschlossen, diese Flächen zu Dau-

erleingartenanlagen zu erklären. „Bisher ist jedoch noch kein B-Planentwurf vorgelegt worden, was erneut zu Misstrauen bei den Vereinen geführt hat“, betonte in seiner Antragsbegründung Rolf Kutzmutz. Baubeigeordneter Matthias Klipp verwies darauf, dass die Problematik auf der „Prioritätenliste“ in der zweiten Position geführt werde. Und er plädierte daher für eine Veränderungssperre und die Überweisung in den Ausschuss Stadtentwicklung/Bauen. Die Kleingärtner in Babelsberg Nord haben jedoch noch immer keine definitive Antwort und müssen weiter um ihre grünen Oasen bängen...

Mehr Bürgerbeteiligung

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Bürgerbefragungen zur weiteren Entwicklung des Gartenstadtprojektes in Drewitz und zur weiteren Entwicklung des Gewerbegebietes im Kirchsteigfeld durchzuführen, bevor Entscheidungen getroffen werden“ – so lautete ein weiterer Antrag der LINKEN, den Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete. Er erinnerte daran, dass OB Jakobs selbst von „Schlussfolgerungen aus der Vergangenheit“ gesprochen habe. Und er erinnerte an solche vollendeten „Tatsachen“ der Vergangenheit wie das „Stadtschloss“

und das Niemeyer-Bad, bei denen durch eine solche Bürgerbeteiligung viele Irrungen und Wirren vermieden worden wären. Baubeigeordneter Klipp wandte sich gegen Bürgerbefragungen zu Problemen in Stadtteilen: „Befragungen zu alle Bürger der Stadt betreffenden Dingen ja! Aber sonst nein!“ Und er empfahl die Ablehnung. In der weiteren Diskussion einigten sich die Fraktionen/Gruppe, den Antrag in den Hauptausschuss zu überweisen.

Kennzeichnung von abgesehenkten Bordsteinkanten

„Wir müssen aus der Phase des Redens in die des Handelns kommen“, verlangte Dr. Scharfenberg bei der Begründung des LINKEN- Antrags zur farblichen Kennzeichnung der Bordsteinkanten. Hintergrund: Es sei schon mehrfach vorgeschlagen worden, abgeseckte Bordsteine farblich zu kennzeichnen, um ein Zuparken besser zu verhindern. Baubeigeordneter Matthias Klipp lehnte das ab. Es sei nicht notwendig und verursache nur weitere Kosten. Außerdem sei es Aufgabe des Ordnungsamtes, Parksünder zu (er-) fassen. Die Stadtverordneten einigten sich jedoch für eine Überweisung in die Ausschüsse Stadtentwicklung/Bauen sowie Gesundheit/Soziales.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE.Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19